

Absender:

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 330**

TOP 4.1

24-24819
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Ehemaligen Wertstoffcontainerplatz Bienroder Weg begrünen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

23.11.2024

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraue
(Entscheidung)

12.12.2024

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Der Stadtbezirksrat Nordstadt-Schunteraue regt an, die jetzige Freifläche am Bahnübergang Bienroder Weg (siehe Stadtplan) zu begrünen.

Sachverhalt:

Auf der linken Straßenseite stadteinwärts vor dem Bahnübergang am Bienroder Weg befindet sich eine ungenutzte Freifläche (am Verbindungsweg der von der Lübeckstraße zum Bienroder Weg führt). Diese Fläche wurde vor Jahren als Wertstoffsammelplatz genutzt. Heute stehen die Wertstoffcontainer am Bienroder Weg in Höhe des ehemaligen Nordbads für Anlieferer zur Verfügung.

Vor diesem Hintergrund und des Klimawandels wäre es sinnvoll diese Freifläche mit Blühsträuchern und Bäumen zu bepflanzen.

gez.

Horst-Dieter Steinert

Anlagen:

Plan Standort



Betreff:

Finanzantrag zur weiteren Finanzierung der Aufwertung des "Pesta-Ecks"

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

29.11.2024

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraue
(Entscheidung)

12.12.2024

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Der Bezirksrat stellt für die Umsetzung der Aufwertung des "Pesta-Ecks" auf Basis des Entwurfs und der Kostenschätzung aus Vorlage 23-22504-01 bis zu 20.000 € als weitere Kostenbeteiligung aus eigenem Budget zur Verfügung.

In Vorlage 23-22504-01 hat die Stadtverwaltung einen Umgestaltungsvorschlag des Pesta-Ecks (Grünfläche Ecke Pestalozzistr./Bammelsburger Str.) vorgelegt und anfallende Kosten in Höhe von etwa 25.000 € (inkl. MwSt.) geschätzt.

Daraufhin hat der Bezirksrat 10.000 € aus eigenen Haushaltsmitteln für eine Umsetzung bereitgestellt.

Da die Maßnahme nach Angaben der Verwaltung nur bei ausreichend zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln umgesetzt werden kann und die kurz- oder mittelfristige Realisierung angesichts der Haushaltslage der Stadt offen ist, beantragt die SPD-Fraktion, aus den HH-Mitteln des Stadtbezirks die fehlende Summe für eine Umsetzung bereitzustellen. Angesichts der lediglich ungefähren Kostenschätzung und inflationsbedingten Kostensteigerungen erscheint dabei ein etwas höherer Mittelansatz vertretbar.

gez.

Jens Dietrich

Anlagen:

keine

Absender:

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 330**

TOP 6.1

24-24847
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Wildschweinriss durch Wolf in Kralenriede?

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

29.11.2024

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraue (zur
Beantwortung)

12.12.2024

Status

Ö

Sachverhalt:

In der Ausgabe vom 14.11.2024 berichtet die Braunschweiger Zeitung von einem Wildschweinriss auf dem Gelände des Familiensportvereins Braunschweig (FSV) in Kralenriede, der nach Angaben des Vorsitzenden der Jägerschaft Braunschweig, Hennig Brandes, stark auf einen Wolf hinweise. Eine DNA-Analyse sei bereits beauftragt.

Wir bitten die Verwaltung den Bezirksrat über die vorhandenen Erkenntnisse zu dem Vorfall sowie zum Vordringen von Wölfen in das Braunschweiger Stadtgebiet aktuell und fortlaufend zu unterrichten.

Konnte bei dem o.g. Wildschweinriss inzwischen der Verursacher über die DNA-Analyse ermittelt werden?

Das betroffene Gebiet sowie die gesamte Schunteraue werden nicht nur am Wochenende von Spaziergängern genutzt, dort spielen Kinder, es werden Hunde ausgeführt, JoggerInnen und RadfahrerInnen sind unterwegs. Unabhängig davon, ob der o.g. Riss durch einen Wolf verursacht wurde oder nicht, ist das Vordringen von Wölfen in naturnahe städtische Freizeitareale wie z.B. die Schunteraue (hier: Bezirk 330) nur eine Frage der Zeit.

Welche Konzepte hat die Stadt entwickelt, um BürgerInnen und Bürger auf Begegnungen mit Wölfen in diesen Freizeiträumen vorzubereiten?

gez.

Prof. Dr. Dr. Wolfgang Büchs

Anlagen:

keine

Betreff:

Klimaschutzwidriges Verhalten des Fraunhofer-Instituts? Wertvoller Wald wurde für Parkplatzbau beseitigt, aber seit 9 Monaten passiert nichts

Empfänger:

 Stadt Braunschweig
 Der Oberbürgermeister

Datum:

29.11.2024

Beratungsfolge:

 Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraue (zur
 Beantwortung)

12.12.2024

Status

Ö

Sachverhalt:

Im Februar 2024 hatte es das Fraunhofer-Institut sehr eilig eine nach Forstgesetz ausgewiesene Waldfläche am Riedenkamp in Kralenriede noch vor Beginn der Brut- und Setzzeit (01. März) fällen zu lassen. Danach zog sich das Entfernen der gefällten Bäume und Büsche aus der Fläche über Monate hin, obwohl nicht auszuschließen war, dass sich in dem z.T. angehäuften Fällgut wieder Vögel, Kleinsäuger und andere Tiere niedergelassen hatten. Im Laufe der Vegetationsperiode wurde die Fläche offenbar erneut bearbeitet, um zu verhindern, dass aufkommende Baum- und Strauchvegetation bestimmte Höhen überschreitet, woraus ggf. Schutzansprüche für die dort siedelnde Tierwelt entstehen. Dieser Vorgang soll im Laufe dieses Winters wiederholt werden.

DARÜBER HINAUS PASSIERTE SEITDEM AUF DIESER FLÄCHE, die angeblich so dringend für Parkplätze und den Bau einer neuen Technikhalle gebraucht wird, so dass die Beseitigung der Bäume und Sträucher als dringlich und nicht aufschiebbar angegeben wurde, NICHTS.

Im Gegenteil: Ungeachtet des angeblich dringenden Bedarfs an Parkplätzen wurde der auf dem Seitenstreifen des Riedenkamps noch bestehende Parkraum für etwa 40 Fahrzeuge (vor der Fällung intensiv genutzt) durch Baustellenbaken und Trassierband abgesperrt, so dass diese Parkplätze seit ca. Anfang 2024 nicht mehr nutzbar sind. Anwohner berichten, dass die technische Leitung des Fraunhofer-Institutes regelmäßig die Trassierbandabspernung erneuert und penibel darauf geachtet wird, dass niemand diese "alten Parkplätze" als Parkraum o.ä. nutzt. Hinweisen zufolge sollen der Fraunhofer-Gesellschaft die finanziellen Mittel für die Umsetzung des auf dieser Fläche geplanten Projektes (mehrere Millionen Euro) ausgegangen sein. Der Kapitalmangel soll auch den an der Herrmann-Blenk-Straße 2023 begonnenen Neubau des Fraunhofer Zentrums für Energiespeicher und -Systeme (ZESS) betreffen (20 Millionen Euro Anschubfinanzierung; 46 Millionen Euro Erstaussstattung), dessen Fertigstellung sicherlich im Vergleich zum Parkplatz und Technikum am Riedenkamp prioritär behandelt wird. Inzwischen hat auch die Leitung des Fraunhofer-Instituts am Riedenkamp gewechselt. Das Institut wird derzeit interimsmäßig geleitet. All dies könnte dazu führen, dass Bau von Parkplatz und Technikum auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben werden.

Das Verhalten des Fraunhofer-Instituts empfinden wir als Skandal:

Erst wird eine für den Klimaschutz wertvolle Waldfläche unmittelbar vor Beginn der Vegetationsperiode gefällt, weil man angeblich dringend 90 Parkplätze braucht (auch um Parkplatzsuchverkehr in der benachbarten Siedlung zu unterbinden), nun passiert auf der

Fläche nichts und es werden sogar ca. 40 weitere vorhandene Parkplätze vom Fraunhofer-Institut bewusst durch Trassierband blockiert. Ebenso wird das Wiederaufwachsen von Bäumen auf der Fläche (die immer noch eine nach Forstgesetz ausgewiesene Waldfläche ist) aktiv unterbunden. Wir meinen, das Fraunhofer-Institut hat hier eine Verantwortung, der es durch dieses Verhalten nicht nachkommt.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung das Fraunhofer-Institut zu einer Stellungnahme durch eine für die Umsetzung der Bauplanungen kompetente Person aufzufordern, die Klarheit schafft über

- eine Begründung, warum der Parkplatzbau bisher nicht begonnen wurde
- eine Zusicherung, bis zu welchem Zeitpunkt der Bau des Parkplatzes und der Technikumhalle begonnen wird.
- eine Zusicherung, dass genügend finanzielle Mittel für die Umsetzung des Baus des Parkplatzes inkl. Technikum vorhanden sind (auch unter Berücksichtigung etwaiger Baukostensteigerungen)
- wie zu erklären ist, dass bei einem Bedarf von 90 zusätzlichen Parkplätzen ca. 40 vorhandene Parkplätze aktiv für die Benutzung blockiert werden.
- die Frage, ob die im Planungs- und Umweltausschuss (PLUA) 2021 vorgestellten Planungen für Parkplatz und Technikumhalle weiterhin Bestand haben oder erneuten Veränderungen unterworfen sind.

Die Stadtverwaltung fragen wir in diesem Zusammenhang:

- Die Schaffung der 90 Parkplätze (und damit die Fällung des Waldes) wurde in mehreren Vorlagen als "unumgänglich" (Mitteilung 24-22974, 31.01.2024) und sogar als "zwingend" beschrieben (PLUA 22.09.2021 21-16864), da das Fraunhofer-Institut bei 450 MitarbeiterInnen 150 Parkplätze nachweisen müsse.

Nun arbeitet das Fraunhofer-Institut schon fast ein Jahr mit nur 60 Parkplätzen und der genehmigte Bau der neuen Parkplätze wurde bisher nicht in Angriff genommen, 40 zusätzliche vorhandene Parkplätze wurden gesperrt.

Hat dies Auswirkungen auf die Betriebserlaubnis des Fraunhofer-Institutes für Holzforschung an diesem Standort? Wenn ja, welche, und wenn nein, warum wird der Bau neuer Parkplätze dann überhaupt als "unumgänglich" und "zwingend" bezeichnet?

- Welche Konsequenzen zieht die Stadtverwaltung aus dem Verhalten des Fraunhofer-Institutes sowie möglichen finanziellen Engpässen, die geplante Bauprojekte (s.o.) gefährden, für die erhebliche Eingriffe in Naturbestände aufgrund des höheren "öffentlichen Interesses" in Kauf genommen wurden? Unter welchen Umständen gibt es die Möglichkeit zu erwirken, dass die Fläche im Falle des Scheiterns bzw. einer nicht hinnehmbaren Verzögerung des Bauprojektes wieder aufgeforstet wird?
- Ausgleichsmaßnahmen müssen i.d.R. vor Beginn eines Eingriffes durchgeführt und als erfolgreich bewertet werden. Dies ist gerade bei Anlage von Waldersatzflächen oft erst nach mehreren Jahren möglich, da Baumsetzlinge in den ersten Jahren sehr empfindlich sind, so dass hohe Ausfälle auftreten können. Inwiefern sind die für die Fällung festgelegten Ausgleichsmaßnahmen bereits umgesetzt und können als erfolgreich bewertet werden?

gez.

Prof. Dr.Dr. Wolfgang Büchs

Anlagen:
keine

Betreff:

**Anfrage zur Prüfung alternativer Planungs- und Umbauszenarien
für das Jugendzentrum B58**

Empfänger:

 Stadt Braunschweig
 Der Oberbürgermeister

Datum:

29.11.2024

Beratungsfolge:

 Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraue (zur
 Beantwortung)

12.12.2024

Status

Ö

Sachverhalt:

Trotz ursprünglicher Planungen für einen Baubeginn des Jugendzentrums B58 im Jahr 2023/2024 sind die hierfür veranschlagten Mittel im aktuellen Haushaltsplan nicht mehr abgebildet.

Laut Aussagen der Verwaltung ist der Baubeginn frühestens ab 2030 geplant. Der veränderte Haushaltsansatz wird nach Aussagen der Verwaltung durch andere größere Bauprojekte, stark gestiegene Baukosten seit 2013, Steuerausfälle und allgemeine wirtschaftliche Probleme beeinflusst, was zur Folge hat, dass auch für den Neubau des B58 keine kurzfristige Umsetzungsmöglichkeit möglich sei.

Wir bitten die Verwaltung um Beantwortung der Fragen zu den folgenden Punkten bezüglich des Jugendzentrums B58.

1. **Frage zur Prüfung alternativer Planungen:** Wurde geprüft, ob das Jugendzentrum B58 in das z.B. auf dem städtischen Grundstück befindliche Gebäude des ehemaligen Fliesenfachgeschäfts, nach einer Herrichtung dieses Gebäudes, verlegt werden könnte, und wie verhält sich dies in einem Kostenvergleich zu den bisher geplanten Kosten für einen Neubau des Jugendzentrums?
2. **Frage zur Umnutzung des B58-Hauptgebäudes nach einer Verlagerung:** Im Falle einer Verlagerung des B 58 in das dann hergerichtete "Fliesengebäude", wäre es dann auch denkbar, das aktuell genutzte Hauptgebäude des B58 komplett zu sanieren, um es dann für andere städtische Zwecke zu nutzen, wie beispielsweise als neuen Standort für die Musikschule und welche Vor- und Nachteile ergeben sich aus Sicht der Verwaltung bei dieser Option?

Die Antworten sollten die zwei grundsätzlichen Frageaspekten der Kosten einer Verlagerung in das ehemalige Gebäude des Fliesenhandels, sowie einer Nachnutzung des jetzigen B58 als z.B. Musikschule beantworten.

Der Weg einer kostengünstigeren Sanierung des Jugendzentrums B58 und damit die Entwicklung einer mittelfristige Perspektive für den Vollbetrieb des B58 könnte so ggf. aufgezeigt werden.

gez.

Rochus Jonas

Anlage/n:

keine

